



**SPD** • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

## **HAUSHALT 2021**

**Zweite Lesung**  
**Donnerstag, 5. November 2020**

### **Haushaltsrede**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Eininger,  
Sehr geehrte Kolleg:innen, Liebe Mitbürger:innen,

eine Krise wie die gegenwärtige erfordert allen voran eines: Verantwortung. Wir alle tragen die Verantwortung, mit dem eigenen Verhalten zur Gesundheit anderer, mit dem eigenen Verhalten zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. In diesem Kontext sehe ich die heutige Absage des Kreistags und dieses Format als Zeichen dieser Verantwortung.

Gleichzeitig halte ich es für äußerst problematisch, wenn sich öffentliche Amtsträger spaltend und verzerrend äußern – oder in ihren Äußerungen eine solche Interpretation zulassen. Derartige Äußerungen wirken sich kaum auf die betroffenen Gruppen direkt, aber umso deutlicher auf die darauffolgende Abgrenzung Dritter aus.

Ähnlich problematisch betrachte ich das en Vogue gewordene „Jugendbashing“. Es sind nicht „die Jungen“ oder die Alten, die das Virus verbreiten – sondern die Un-Verantwortlichen jeden Alters, die unsere freiheitliche Ordnung ausreizen und an den Rand der Überforderung treiben.

Die allermeisten jungen Menschen zeigen sich höchst verantwortlich. Und das, obwohl ihnen ihre Jugend durch das Virus gestohlen wird. Ihre Lebens- und Erfahrungsräume leiden in der Krise besonders – vom Auslandsjahr über den Einstieg in Ausbildung oder Beruf bis hin zur Jugendarbeit und -kultur.

Nun aber zum Haushalt: Die Krise legt Mängel offen und verschärft bestehende Defizite. Genau hier setzen unsere Schwerpunkte an: Wir richten unseren Blick auf die (1) Transformation der Wirtschaft – ökologisch wie digital, die (2) Mobilitätswende und den (2) Einsatz gegen Armut und für bezahlbares Wohnen.

### **(1) Den digitalen und sozial-ökologischen Wandel aktiv gestalten**

Corona-Krise, Wirtschaftskrise, Struktur(wandel)krise, Klimakrise. In dieser Reihe - ein Klimax? - liegen die Herausforderungen vor uns. Covid-19 wirkt hierbei wie ein Brandbeschleuniger. Vorhanden waren diese Herausforderungen jedoch bereits zuvor.

Zu lange ist die digitale Infrastruktur nur sporadisch ausgebaut worden. Zu lange sind ökologische Ziele nur halbherzig verfolgt worden.

Noch ist es nicht zu spät. Darum liegt in der Krise auch eine (letzte?) Chance: Der "Restart" muss für diese Herausforderungen genutzt

werden. Mutige Zukunftsinvestitionen sind gefragt. Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union setzt die richtigen Prioritäten – für den digitalen und den ökologisch-sozialen Wandel.

### *[Die technisch-digitale Transformation]*

„Neuland“ ist leider noch immer die Metapher für Digitalisierung in Deutschland. Passender wäre allerdings: Digitales Ödland. Deutschland ist international abgehängt. Die Pandemie macht dies deutlich spürbar. Das Home-Office scheitert viel zu häufig bereits an der Datenverbindung. Deshalb fordern wir zeitnah einen Bericht des Zweckverbands Breitband zum Ausbaustand.

Erheblichen Bedarf sehen wir bei unseren Schulen. Das „System Schule“ wird nicht mehr in die Zeit vor Corona zurückkehren. Der Weg zur Digitalisierung ist vorgezeichnet. Diesen Weg müssen aber auch alle mitgehen können. Niemand darf abgehängt werden, weil zuhause die Netzverbindung zu schlecht ist – oder weil Lehrkräfte zwar mit modernen Geräten ausgestattet sind, aber es an der technischen Betreuung fehlt.

Dabei haben wir nicht nur unsere Kreisschulen im Blick, sondern alle Schulen im Landkreis. Im Sommer haben wir bereits vorgeschlagen, das Kreismedienzentrum zu einer Digitalisierungsagentur auszubauen, wenn die Digitalisierung erfolgreich vor Ort funktionieren soll. Insbesondere kleinere Kommunen können als Schulträger eine Betreuung nicht allein stemmen. Dass dabei das Land finanziell ins Boot muss, ist völlig klar – hier haben Sie unsere volle Unterstützung, Herr Landrat. Wenn Sie es selbst aber ernst meinen mit der von Ihnen viel beschworenen Partnerschaft des Kreises mit seinen Kommunen, dann sollten Sie die kleineren Kommunen an dieser Stelle nicht allein lassen. Wir können es uns nicht mehr leisten vor Ort zu warten, bis es bei diesem politischen Grundsatzstreit auf Landesebene eine Lösung gibt.

Apropos Landesebene: Krisen bieten die Chance, effektives Management zu beweisen, sich als Macherin in Szene zu setzen: Die Kultusverwaltung machte hier keine gute Figur – vornehm ausgedrückt. Man könnte auch von einem heillosen Durcheinander im Kultusministerium sprechen. Ob das dem Unvermögen der CDU-Ministerin, dem vorgezogenen Wahlkampf Frau Eisenmanns oder anderen Gründen zu verdanken ist, kann und darf jede und jeder selbst entscheiden. Die Leidtragenden sind allerdings klar: die Schulen und alle dort Betroffenen.

### *[Die sozial-ökologischen Transformation]*

Dramatischer steht es um die Herausforderungen des Klimawandels.

Wir dürfen allesamt nicht vergessen, dass hier eine noch viel größere Herausforderung auf uns wartet. Corona ist ein laues Lüftchen, verglichen mit dem Orkan, der uns durch den Klimawandel droht - und zwar auf Dauer!

Wir müssen endlich das Ruder herumreißen! Dass dies noch gelingen kann und wir angesichts der erforderlichen Veränderungen nicht einfach den Kopf in den Sand stecken sollten, zeigen neue Studien auf .

Die sozial-ökologische Transformation ist eine Chance – sie bietet unserer innovativen Wirtschaft die Gelegenheit, einen globalen technologieaffinen Zukunftsmarkt zu erobern.

Diese Herausforderung gelingt aber nur gemeinsam - wenn alle am gleichen Strang ziehen - der hier heißt: 1,5 Grad Ziel, wie ihn das Pariser Klimaabkommen vorgegeben hat.

Das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget ist bei unserem gegenwärtigen ökologischen Fußabdruck allerdings bereits Anfang des nächsten Jahrzehnts aufgebraucht – spätestens.

Wir müssen nicht erst 2050 klimaneutral wirtschaften, sondern deutlich früher um die rechtsverbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Maßgeblich ist also so schnell wie möglich, so wirksam wie möglich zu handeln. Umso rascher die Reduktion erfolgt, umso leichter werden unsere Anstrengungen. Erfüllen wir dies nicht, trifft es allen voran andere, ärmere Länder. Globale Verantwortung ist gefragt.

Mit Sorge blicken wir daher auf die Entwicklungen in unserem Landkreis: Betroffen macht uns, dass wir uns im Landkreis nicht an diesem 1,5 Grad Ziel orientieren – nicht einmal als rechnerischer Vergleichswert. Halten wir den Kurs, müssen andere - auch weniger leistungsstarke Regionen, noch stärker zur Reduktion beitragen. Wenig Verständnis haben wir auch dafür, dass auf eine begleitende Beteiligung von Expert:innen verzichtet werden soll. Wir sind überzeugt, dass beide Entscheidungen falsche Signale senden.

Trotzdem unterstützen wir nachdrücklich alle Bestrebungen, nun rasch die Grundlagen zu schaffen (Stichwort: Klimaschutzagentur) und konkrete Maßnahmen anzugehen.

Als Lichtblick bleibt, dass der Klimaschutz bei allen zukünftigen Maßnahmen stets im Blick bleibt. Das gewährleistet das zukünftige

Prüffeld auf Klimarelevanz. Wir freuen uns, dass unser Antrag hierzu positiv aufgegriffen wird.

In Sachen Klimaschutz und Beteiligung bin ich offen gestanden enttäuscht von den Grünen. Beide Vorschläge unsererseits, die Beteiligung wie die Orientierung am Pariser Klimaabkommen, wurden von ihnen abgelehnt – und uns Populismus vorgeworfen. Eine Bewertung, wer hier populistisch unterwegs ist, wenn er einerseits eine "Politik des Gehört-werdens" und ein "eindeutiges Klimaschutzbekenntnis" in (Sonntags-)Reden vorträgt - aber wenn es zur Umsetzung kommt, anders handelt, überlasse ich anderen.

Vielleicht ist das aber auch kein Zufall: Blicken wir auf die grün-schwarze Landesregierung, so zeichnet sich ein ähnliches Bild: Auch hier kritisieren Verbände, u.a. der BUND, dass das Pariser Klimaabkommen durch das Landes-Klimaschutzgesetz nicht erreicht werde. Auch hier werden - mit Unterstützung der Grünen - weitergehende Beteiligungsinstrumente, unter anderem auf Landkreisebene, abgelehnt. Es bewährt sich der Rat: Taten zählen, nicht Versprechungen – oder etwas zugespitzter: Der grüne Lack ist ab, darunter scheint es ziemlich dunkel – pechschwarz – hervor.

[Unser nächster Schwerpunkt ist zugleich zentrales Handlungsfeld der sozial-ökologischen Transformation. Ich spreche von der]

## **(2) Mobilitätswende – Vorfahrt für den ÖPNV**

Die Mobilitätswende ist ein zentrales Element zur Erreichung unser Klimaschutzziele. Ein Bereich, in dem wir als Landkreis unmittelbar aktiv werden können. Der hohe Energiebedarf des Individualverkehrs macht das Potenzial deutlich – ein PKW verbraucht pro km und Person gegenüber der Bahn das rund 4,8fache an Energie.

Die Mobilitätswende muss daher allen voran eine Wende hin zum ÖPNV werden. Die jüngst veröffentlichte Wuppertal-Studie zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels weist den Weg: Die ÖPNV-Kapazitäten sind zu verdoppeln - der Autoverkehr gleichzeitig zu halbieren.

Ein solches Vorhaben ist ambitioniert – Herausforderungen wie der Klimaschutz fordern allerdings auch mutige Entscheidungen. Um dies zu erreichen, ist ein Bündel an Maßnahmen auf Preis- und Angebotsseite gleichzeitig erforderlich.

Um die Menschen zum Umstieg auf Schiene und Bus zu bewegen, muss der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Zudem gilt: Die (Alltags-)Mobilität des Einzelnen darf nicht zur Frage der sozialen Leistungsfähigkeit

werden. Sozial gerechte Klimapolitik schließt zwingend eine Bezahlbarkeit der Verkehrsalternativen mit ein.

Darum erneuern wir unsere Forderung nach einem regionsweiten 365-Euro-Ticket. Wir bitten die Kreisverwaltung zu berichten, wie weit der Antrag beim für ein solches Modellprojekt im VVS gediehen ist.

Unabhängig davon wollen wir mit unserem Antrag zum School-Abo den Einstieg in ein 365-Euro-Ticket im kommenden Jahr vornehmen. Ein solcher Einstieg hat zudem soziale Relevanz: Eltern werden spürbar entlastet, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gefördert. Nicht zuletzt wollen wir gegenüber der Landeshauptstadt, die das rabattierte Ticket bereits einführte, nicht ins Hintertreffen geraten.

Die Mobilitätswende – auch das 365-Euro-Ticket – kann jedoch nicht allein in den Händen der Kommunen liegen. Die Finanzierung des ÖPNV muss nach unserer Überzeugung einer vollständigen Neubetrachtung unterzogen werden. Neue Konzepte sind gefragt: In Wien hat sich die zweckgebundene Verwendung von Mitteln aus der Parkraumbewirtschaftung oder von Einnahmen aus erhöhten Beförderungsentgelten bewährt. Auch die Idee einer gesetzlich verankerten Nahverkehrsabgabe oder einer City-Maut halten wir für denkbar.

[Unseren dritten Schwerpunkt legen wir auf den]

### **(3) Einsatz gegen Armut und für bezahlbares Wohnen**

Die Teilhabechancen jedes Einzelnen hängen immer stärker vom verfügbaren finanziellen Spielraum ab. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Das Leben in unserer Region darf nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt, unsere Demokratie macht gerade in Deutschland eine relative Nähe der Milieus aus, die zunehmend droht, verloren zu gehen.

Erschreckend ist, dass gerade die Kinderarmut in unserem reichen Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist: Jedes 5. Kind ist inzwischen von Armut bedroht.

Kinder sind unser aller Zukunft - von ihnen, ihren Talenten und ihren Fähigkeiten- aber ebenso ihren Chancen hängt das zukünftige Wohl unseres Gesellschaft ab. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Ausgangschancen für sie, bestmöglich zu gestalten.

Um gezielte Ansätze gegen Kinderarmut zu finden, beantragen wir die Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis Esslingen. Auf dieser

Basis können – gemeinsam mit Partner:innen aus dem Feld – präventive Ansätze zur Vermeidung eines weiteren Abrutschens gefunden werden.

*Ein wesentlicher Armutsfaktor liegt im Wohnraum.*

Wohnraum wird zunehmend zum Luxusgut und für viele Menschen zur existenziellen Frage. Für uns ist das Recht auf Wohnraum aber ein Menschenrecht. Gerade in Zeiten einer Pandemie erlangen die eigenen Vier-Wände eine besondere Qualität. Spürbar wird, welcher sozialer Sprengstoff in der Verfügbarkeit ebenso wie der Bezahlbarkeit von Wohnraum liegt.

Darum beobachten wir die Mietobergrenzen des Landkreises genau. Die Konzeption sowie die sich daraus ergebenden tatsächlichen Grenzwerte sehen wir von Beginn an kritisch. Die Evaluation ist überfällig, auch rechtlich – wir erwarten, dass diese mehr als nur eine kleine Kurskorrektur mit sich bringen wird.

Bis dahin wollen wir zumindest eine realistische Anpassung der Mietobergrenzen, die der Entwicklung des Wohnungsmarktes auch tatsächlich Rechnung trägt. Der hierzu gemeinsam mit Grünen und Linken eingereichte Antrag für eine pauschale Erhöhung um 5%, liegt Ihnen bereits vor.

### **Last but not least zur Kreisumlage:**

Unsere Zukunftsfähigkeit hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab. Dies gilt für den Landkreis wie für seine Kommunen. In Verantwortung für unsere Städte und Gemeinden sehen wir den Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage auf 30 Hebesatzpunkte – ohne das ursprünglich geplante Ergebnis zu unterschreiten und ohne geplante Investitionen des Landkreises zu gefährden. Zugleich stellen wir wie im vergangenen Jahr in Aussicht, bei Umsetzung der skizzierten Zukunftsprojekte mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

### **[Ich komme zum Schluss]**

Vor uns liegen große Veränderungen – Transformationen, die uns gerade in der Region Stuttgart besonders herausfordern. Jetzt gilt es, mutig Weichen zu stellen. Als SPD sind wir uns unserer Verantwortung darin bewusst. Wir wollen den Wandel auch als Chance begreifen und die Zukunft aktiv gestalten. Daher freuen wir uns auf die anstehenden Beratungen und das gemeinsame Ringen um die besten Ansätze für unseren Landkreis.



**SPD** • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

## **HAUSHALT 2021**

**Zweite Lesung**  
**Donnerstag, 5. November 2020**

## **ANTRÄGE**



## Verwaltungs- und Finanzausschuss

### **Antrag: Einführung eines 365€-Tickets – Erster Schritt für Schüler\*innen zum School Abo**

Die SPD-Fraktion beantragt das School-Abo so preislich zu unterstützen, dass der Preis bei 365 pro Jahr liegt.

Begründung: Das School-Abo versorgt einen wesentlichen Teil der Schülerinnen und Schüler im Landkreis. Der Preis in diesem Bereich ist bereits subventioniert und beträgt derzeit 475,20 Euro pro Jahr. Damit wäre mit einer geringfügigen weiteren Unterstützung ein günstiger Einstieg in das von der SPD beantragte 365,- Euro Ticket möglich. Gleichzeitig wird in den Schülerverkehren der ÖPNV attraktiver gemacht und damit den Busunternehmen eine noch verlässlichere Finanzierungsgrundlage geboten. In der Landeshauptstadt Stuttgart wurde dieser Schritt bereits umgesetzt, in anderen Landkreisen wurde er beantragt.

### **Antrag: Festsetzung der Kreisumlage**

Die SPD Fraktion beantragt den Hebesatz für die Kreisumlage im Haushalt 2021 auf 30 % fest zu setzen.

Begründung: Durch die Belastungen in der Coronakrise werden die Kommunen im Jahr 2021 mit erheblichen Einbußen zu rechnen haben. Die faire Finanzpartnerschaft bedingt es deshalb die Belastungen durch die Kreisumlage auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren.

Die Finanzierungsstrategie, die in diesem Jahr ausgesetzt sein soll würde vorsehen, dass 40 % des Überschusses aus dem laufenden Jahr für die Senkung der Kreisumlage verwendet würden. Dies würde bei einem Überschuss von 23.961.700 Euro 9.584.680 Euro bedeuten. Da ein Hebesatzpunkt ca. 8,2 Mio. Euro entspricht würde selbst die Reduzierung um einen ganzen Punkt noch weit unterhalb dieser 40 % liegen.

Das dann zu erwartende negative Ergebnis liegt mit 7,9 Mio. Euro deutlich unter dem ursprünglich geplanten Ergebnis von -14,5 Mio. Euro.

Gleichzeitig können alle Investitionen im geplanten Umfang durchgeführt werden. Immer mitberücksichtigt werden muss außerdem, dass immer noch 23 Mio. Euro vom Land für den Ersatz der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung erwartet werden dürfen. Der Schuldenstand des Landkreises kann auch bei einem Umlagehebesatz von 30 % noch reduziert werden. Insgesamt ist dies aus unserer Sicht ein fairer Ansatz für Landkreis und Kommunen.

### **Antrag: Bericht Zweckverband Breitband**

Die SPD-Fraktion beantragt im Jahr 2021 über den aktuellen Stand beim Breitbandausbau und die Arbeit des Zweckverbands zu berichten.

Begründung: Bis zum Jahr 2025 sollen alle Gewerbegebiete an das Breitbandnetz angeschlossen sein. Bis 2030 sollen 90 % aller Wohngebäude angeschlossen sein.

Insoweit ist die Zeit knapp. Beim Bericht ist hauptsächlich interessant zu wissen, ob es neben dem eigenwirtschaftlichen Ausbau der Telekom auch bereits Kooperationsprojekte mit den Kommunen gibt und wie die Eigenbeteiligung der Kommunen aussieht. Außerdem brennt der Anschluss der Schulen aus dem Sonderförderprogramm allen Beteiligten unter den Nägeln. Es ist damit zu rechnen, dass wir im Unterricht bald wieder auf Homeschooling-Formate zurückgreifen müssen. Der aktuelle Bearbeitungsstand auch dieses Themas ist deshalb für den Kreistag von großem Interesse.

### Sozialausschuss

#### **Antrag: Betreuung von Menschen mit Behinderung und geriatrischen Patienten in Krankenhäusern**

Die SPD-Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung und geriatrischen Patienten in Krankenhäusern.

- Wir beantragen eine entsprechende weitere Qualifizierung des medizinischen Personals unserer Kreiskliniken insbesondere für den Umgang mit Menschen mit Behinderung, aber auch für den Umgang mit geriatrischen Patienten. Das betrifft das Aufnahme- und Entlassmanagement, das die speziellen Bedürfnisse berücksichtigen muss.
- Wir beantragen eine spezielle Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Patienten während ihres Klinikaufenthalts begleiten, wenn Angehörige das nicht leisten können oder vertraute Personen nicht zur Verfügung stehen. Es ist zu prüfen, ob das durch Ehrenamtliche zu leisten ist oder ob hauptamtliche Mitarbeitende dafür erforderlich sind.
- Wir fordern die Verwaltung auf, Vertreter/-innen der Menschen mit Behinderung mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen im Rahmen einer kommunalen Gesundheitskonferenz einzubeziehen.
- Wir beantragen, dass Verhandlungen mit Krankenkassen über die Einrichtung eines interdisziplinären Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit einer geistigen Behinderung geführt werden.

Begründung: Das Personal in den Krankenhäusern ist sehr gefordert mit der Aufgabe, Menschen mit Behinderung adäquat zu behandeln. Menschen, die im Alltag 24 Stunden am Tag betreut werden, sollen jetzt plötzlich im Kliniksystem zurechtkommen! Es braucht viel Kenntnis über die unterschiedliche Art von behinderten Menschen, Angst und Schmerz auszudrücken, und von Seiten der Patienten, Vertrauen aufzubauen und sich der Behandlung zu öffnen. Diesbezüglich ist eine weitere Qualifizierung des Personals vonnöten. Begleitung der Patienten von vertrauten Personen wäre optimal, aber das ist nicht immer möglich, also braucht es Fachkräfte, die gut begleiten und Vertrauen aufbauen können. Eine wichtige Anlaufstelle für Menschen mit einer geistigen Behinderung ist ein Medizinisches Zentrum. Dieses arbeitet interdisziplinär und berät aus einer Hand. Das ist für Menschen mit Mehrfachbehinderungen sehr wichtig.

#### **Antrag: Armut sichtbar machen und wirksam bekämpfen**

a) Wir beantragen die Erstellung eines Armutsberichts als Fundament für die im Folgenden beschriebenen „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“, dem Erkennen und Weiterentwickeln von lokalen Präventionsketten“. Der Bericht soll es ermöglichen, Sozialstrukturen von Bereichen besonders hoher Armutsgefährdung herauszufiltern. Auf die unterschiedlichen Anforderungen der Kommunen gilt es einzugehen.

b) Wir beantragen, dass sich der Landkreis aktiv beim Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut des Sozialministeriums beteiligt und eine Vernetzungsplattform einrichtet unter Einbeziehung eines breiten Spektrums aller Institutionen, die sich vor Ort gegen Kinderarmut engagieren.

Dazu gehören explizit formulierte strategische Ziele und ein Präventionsverständnis als Rahmen für eine klare Zielvorgabe. Die daraus entstehenden Handlungsfelder sind anzugehen. Unterstützungsangebote des Ministeriums sind wahrzunehmen.

Begründung: Fast jedes fünfte Kind unter 18 Jahren in BW ist von Armut betroffen. Das macht uns betroffen! Kinder und Jugendliche in BW weisen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko auf. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind in BW nach den 18-25 Jahren die zweithöchste Risikogruppe unter allen Altersgruppen.

Mit jedem hinzukommenden Geschwisterkind nimmt das Risiko zu. Überdurchschnittlich betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund. Mädchen sind stärker gefährdet als Jungen. Fast jede zweite alleinerziehende Person und ihre Kinder sind in BW armutsgefährdet.

Wenn Kinder unter den Bedingungen von materieller Armutsgefährdung aufwachsen, kann das erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf ihre Teilhabechancen auch in anderen Lebenslagen haben, wie Gesundheit, Wohnung und Wohnumfeld, Bildungschancen etc.

Mit der Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ hat das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg deshalb ein umfangreiches Paket an nachhaltigen Unterstützungsangeboten geschnürt, um Kinder und Jugendliche zu stärken. Zu diesen Unterstützungsangeboten gehört der vorliegende Förderaufruf für Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. Ziel eines kommunalen Präventionsnetzwerkes gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg ist es, eine integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln.

Durch die Bestandsaufnahme und Neukonzeption von Angeboten an einem Ort sollen Lücken einer Präventionskette von der Geburt bis zum Übergang von der Schule in den Beruf geschlossen werden, damit sich die Folgen von materieller Armut im Kindesalter nicht auf das weitere Erwachsenenleben auswirken.

Ziel der Förderung ist der Aufbau oder die konzeptionelle Weiterentwicklung von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut

Zielgruppe der Netzwerke sind Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die in Kommunen, Stadtteilen oder Quartieren leben, bei denen aufgrund ihrer Sozialstruktur von einer besonders hohen Armutsgefährdung und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen auszugehen ist. Für die Armutsprävention sind Kindheit und Jugend die entscheidenden Lebensphasen. Mit dem Förderaufruf sollen vor allem die besonders stark armutsgefährdeten Kinder von Alleinerziehenden, Kinder in kinderreichen Familien (drei und mehr Kinder) sowie Kinder, die selbst oder deren Eltern eine Migrationsgeschichte haben, erreicht werden. Es geht aber auch um Kinder langzeitarbeitsloser Eltern sowie Kinder in besonderen Belastungssituationen, also Kinder psychisch- und suchtkranker Eltern oder Kinder in Trennungsfamilien. Kinderarmut wird als Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen verstanden.

## Kultur- und Schulausschuss

### **Antrag: Praxis-Bericht zu Corona-Pandemie**

Die SPD-Fraktion beantragt einen mündlichen Praxis-Bericht im nächsten KSA, wie die Schulen mit der Umsetzung der verschiedenen Corona-Verordnungen zurecht gekommen sind. Wie lief Lüften, Maskenpflicht, Infektionsschutz etc. vor Ort?

Bemüht sich der Landkreis momentan um technische Lösungen, die das ständige Lüften in den Klassenzimmern während der Wintermonate überflüssig machen würde? Welche Einschätzung hat die Verwaltung zu den sogenannten „CO2-Ampeln“? Betroffen sind ja zudem nicht nur Schulen, sondern alle Gebäude des Landkreises

Der Landkreis hat laut der Haushaltsrede des Landrats 1,14 Mio. Euro aus dem Digitalpakt Schule bekommen. Wir bitten um eine Information, wie die Verteilung auf die Schulen stattgefunden hat und welche Kriterien dafür zugrunde gelegt wurden. Wer ist für die Betreuung der ausgeteilten digitalen Geräte für Lehrer\*innen und Schüler\*innen zuständig bezüglich der Hard- und Software?

Gerade finanziell schwächere Familien wurden durch Corona besonders belastet. Wir bitten zu prüfen, ob der Landkreis solchen Familien, die nur eingeschränkten Zugang zu digitalen Medien haben, mit Unterstützung im Hardware- aber auch W-Lan-Bereich helfen kann.

Begründung: Im CDU-geführten Kultusministerium geht es in Sachen Corona-Verordnungen drunter und drüber. Allein die Frage, ob und wann Alltagsmasken getragen werden müssen, ist widersprüchlich und zum Teil verwirrend fast jeden Tag anders beantwortet worden. Umso wichtiger ist die Frage, wie die konkrete Ausgestaltung vor Ort passiert ist und welche Erfahrungen die Schulen damit gesammelt haben. Neben den Einschätzungen der Schulleitungen würden uns auch Meinungen der Schülerinnen und Schüler interessieren.

Da nicht davon auszugehen ist, dass sich die Situation sehr schnell wieder normalisiert ist zu diskutieren, welche technischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, um einen dauerhaften Schulbetrieb unter Pandemie-Bedingungen zu ermöglichen.

Zu diesem Pandemie-Betrieb gehört sicher auch ein stetig steigender Anteil des digitalen Unterrichts. Auch hier ist es der SPD-Fraktion wichtig, transparente Informationen über die Ausstattung und Verteilung der Fördermittel zu erhalten.

Ein wichtiger Nebeneffekt einer Pandemie ist aus Sicht der SPD, dass die Gefahr besteht, dass Teile der Gesellschaft „vergessen“ werden. Entweder weil sie sich nicht lautstark zu Wort melden kann oder weil sie dazu schlicht technisch nicht in der Lage ist. Daher sehen wir es als Aufgabe des Landkreises, Fürsprecher für diese Bevölkerungsteile zu sein.

## Jugendhilfeausschuss

### **Antrag: Heim- und Pflegekinder**

Die SPD-Fraktion beantragt, dass ehemaligen Heim- und Pflegekindern in begründeten Fällen auch dann Jugendhilfe zuteilwird, wenn sie das 18. Lebensjahr erreicht haben und ohne Berufsausbildung ein Arbeitsverhältnis begründet haben.

Begründung: Immer mehr junge Menschen in der Jugendhilfe streben keine Ausbildung mehr an, sondern begründen mit Erreichen des 18. Lebensjahr ein Arbeitsverhältnis. Mit der Folge, dass sie aus der Jugendhilfe herausfallen. Gleichwohl diese in den allermeisten Fällen dringend notwendig wäre. Was hier versäumt wird, ist später entweder gar nicht, oder nur erschwert wieder aufzuholen.

Es ist eine Ermessensentscheidung auch in diesen Fällen Jugendhilfe zu gewähren, so wie dies in anderen Landkreisen praktiziert wird.